

Volkswacht

für Schlesien

den wichtigsten Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Plurkratz 4/8, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Grabenstraße 5 und Friedrichs-Str. 100, Mathiasstraße 155, sowie durch alle Träger zu beziehen. Einzelhefte im voraus zu entnehmen: monatlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. Träger-Bezugspreis im Voraus zu entnehmen: monatlich 0,42 Rmk. + 8 Pf. + 0,50 Rmk. monatlich 1,75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmk. Dazu die Post einzieh. Beihilfungsgebühren 2,40 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 3832.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unterlangt eingelaufte Manuskripte werden nur zurückergeben, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für 14 Tage 17 Pf. Anzeigen unter 200 Zeilen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebots, Besetzungs-, Vermittlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 1 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vor mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Plurkratz 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Schwere Krise der Demokratischen Partei

Reichstagsabgeordneter Langen tritt aus der Partei aus — Die Proteste gegen den gegenwärtigen Kurs der Partei häufen sich

Berlin, 28. April. (Eigener Bericht.)

Der Reichstagsabgeordnete Langen hat seinen Austritt aus der Demokratischen Partei erklärt und zugleich sein Reichsmandat niedergelegt. Langen war einer der angesehensten Führer der Demokratischen Partei. Sein Austritt zeigt, daß die Krise der Demokratischen Partei in ein altes Stadium eingetreten ist. Langen hat seinen Austritt mit einem Schreiben begründet, das ebenfalls prägnant ist wie jene Satzung des Reichstagsabgeordneten Schlad von der radikalsten Regierung der Revolution. Herr Langen schreibt: „Der demokratischen Partei fehlt Kraft und Ernsthaftigkeit, eine rücksichtslose und feindselige Politik erfolgreich abzuwehren und eigene Wege zu zeigen.“ Dieser Satz ist ein Todesurteil, nicht nur für die Demokratische Partei, sondern für das gesamte fortschrittliche Bürgertum in Deutschland überhaupt.

Haben wir denn noch ein fortschrittliches deutsches Bürgertum? Die Antwort darauf gibt ein Blick auf die demokratische Partei. Nach der Revolution glaubten ihre Führer die Stunde des fortschrittlichen Bürgertums gekommen, mit 75 Abgeordneten in die Nationalversammlung ein. Das erste Mal — heute sind die Demokraten froh, daß sie ungefähr ein Drittel des Bestandes von 1919 behauptet haben, und das von ihnen, wer es auch sei, hat die Hoffnung, daß eine demokratische Partei der Zukunft werden könnte. Seit 1919 es mit der Demokratischen Partei wie mit dem bürgerlichen Bürgertum unaufhaltsam abwärts gegangen. Bürgerlich war die Demokratische Partei schon, aber fortschrittlich — nein! Man sieht Herrn Hermann Fischer-Köln als orientierten des vorwärtsdringenden Fortschrittes, als Hüter der besten Tradition des liberalen Bürgertums — es war einmal demokratisch! — im Ernst vorstellbar?

Die Demokratische Partei hat weiteren Abstieg vor Augen. Die Führer der Partei, die ausschlaggebend ihre Politik bestimmt haben, haben es nicht gewagt, um eine neue Wiedergeburt zu kämpfen, sie damit den fortschrittlichen Charakter betonen, den bürgerlichen Charakter zurücklassen müßten. Der bürgerliche Sozialismus und die Furcht vor der Sozialrevolution verhindern einen Versuch demokratischen Widerstands im Kampfe. Die Folge ist ein Ansehungsverlust nach rechts, das immer stärker wird. Die Demokratische Partei ist bekanntlich nach dem Urteil reich an Führern — sehen, daß die Masse der Führer immer kleiner wird. Und da sie nicht auspoliert werden wollen aus dem politischen Leben, suchen sie neuen Wählern, die sich von ihnen führen lassen sollen. Das ist ein aufwärts nicht erhalten werden, das wissen sie, also können sie auf der rechten von ihnen stehende Wählerliste, die neue Soldaten suchen, sollten sie zu dem Zwecke auch in andere, bisher feindselige Armeen einziehen — das ist das Bild, das die Demokratische Reichstagsfraktion heute bietet.

Die innere Krise der Demokratischen Partei ist nicht erst der Krise der Großen Koalition eingetreten. Der Zug nach rechts in Sachsen, Thüringen und Württemberg und anderswo ist früher hervorgetreten, im Bündnis mit den deutschnationalen, ja Nationalsozialisten gegen die Demokratie. Es bedurfte nicht erst des Kabinetts Brüning, um die Unvereinbarkeit demokratischer Politik mit dem Reichstagsabgeordneten Langen zu sein vorgebildet. Was allerdings nach der Krise der Großen Koalition kam, das ist nicht zu übersehen. Das Wort Langens, so scharf es auch ist, ist noch lange nicht scharf genug!

Denn nun kam zum allgemeinen Ansehungsverlust nach rechts die Furcht vor den Wahlen hinzu. Die demokratischen Führer fürchteten nicht mehr und nicht weniger als die parlamentarische Vernichtung ihrer Partei, das Herabsinken der Fraktionsstärke. Die Notrufe des Herrn Schlad, der seit langem Einladungen für einen bürgerlichen Block der Reichstagsabgeordneten, seien auf fruchtbarsten Boden. Man hat hinter sich gesehen verhandelt, um für den Fall einer Neuwahl gemeinsame Listen aufzustellen, und um die Wahlen aus gemeinsamer Parteirolle zu bejahen. Zur politischen Umkehr trat die finanzielle hinzu, so wie es im „Jungdeutschen“ geschrieben wird: Die großen Finanzgruppen haben eine Briefkastensache auf der Tisch gelegt, zeigen auf die großen Schäden, die darin sind, und sagen den bürgerlichen Parteien: das könnt Ihr haben, wenn Ihr Euch zusammen mit dieser Block der bürgerlichen Mitte findet auch von der Volkspartei Sympathie, auch da gibt es Offiziere genügender Anzahl, denen nur leider die Soldaten fehlen. Treppan sucht so gut wie Herr Koch oder Herr Fischer eine politische Hilfsleistung bei der Deutschen Partei, das heißt bei jener Gruppe, die einen ausgesprochenen bürgerlichen Kurs im Politischen und vor allen Dingen im Wahlen führt.

Das ist vom bürgerlichen Fortschritt in Deutschland übrig geblieben: ein parteinahes Durcheinander, das auf die gewalttätige Homogene Masse der Sozialdemokratie nach einem Wort einer stehenden Zeitschrift wie das Kaninchen auf die Kieselberge karzt und seine letzte Hoffnung in einem Block erblickt. Die Kluge gegenüber der Arbeiterpartei betonen soll, gewissermaßen als Ersatz für die Bürgerdiplomatie.

Auf der Grundlage der Korruptionierung des bürgerlichen Fortschritts in Deutschland und der Angst der bürgerlichen Gruppen vor der Neuwahl steht die Regierung Brüning. Ihr Charakter als ausgesprochene Bürgerblockregierung wird dadurch nur noch unterstrichen. Diese Grundlage ist so schwach wie nur möglich. Denn je stärker die Tendenzen zur Bildung eines bürgerlichen Blocks der Mitte hervortreten, um so stärker werden auch die Gegentendenzen. In der Demokratischen Partei gibt es noch Kräfte des aufrechten bürgerlichen Fortschritts, die den Abwärtszug nach rechts nicht mitmachen wollen. Der Austritt Langens war ein Signal für die Demokratische Partei. Aber kann sie noch zurück? Ein Herunterwerfen des Steuerbaus würde zugleich das Ende der Regierung Brüning und damit die Wahl bedeuten; weiter vorwärtsgehen auf dem Wege nach rechts, aber Rebellion der letzten fortschrittlichen Elemente und damit angeht die schwache Mehrheit der Regierung Brüning wiederum die Wahl. So oder so: die Demokratische Partei ist in der Rolle eines Mannes, der aus Angst vor dem Tode Selbstmord begeht.

Weitere Zeichen der Rebellion des linken Flügels

Samm i. W., 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der demokratische Parteiausschuß für Süd- und Westfalen nahm nach einem Referat des demokratischen Reichstagsabgeordneten J. Langen eine Entscheidung an, in die zum Ausdruck kommt, daß sich die Demokratische Partei nach der Entscheidung der Reichspolitik während der Osterferien keine Möglichkeit mehr bestehe, weiterhin die Verantwortung für diese Politik zu übernehmen. In Erkenntnis der erregten Stimmung im Lande und zur Klärung der Lage sei die sofortige Einberufung des Reichsparteiausschusses erforderlich.

Berlin, 28. April.
Innerhalb der Demokratischen Partei hat sich eine Gruppe gebildet, die sich „Sozialrepublikanischer Kreis“ nennt. Die Bewegung soll die Sammlung aller jener Kräfte einschließen, die den Zusammenschluß des Bürgertums in einer „bürgerlichen Klassenpartei“ überhaupt ablehnen. Auch maßgebende

Die Spaltung der Deutschnationalen entschieden

Die Vorbereitungen dazu sind im Gange

Die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird sich am Donnerstagabend unter dem Vorsitz des Grafen Westarp in einer Sonder Sitzung mit der Entscheidung des deutschnationalen Parteivorstandes beschäftigen. In der Einladung, die Graf Westarp zu dieser Sitzung hat ergehen lassen, nennt er die Entscheidung des deutschnationalen Parteivorstandes u. a. einen „unzulässigen Eingriff in die Freiheit“ der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Ein Teil der deutschnationalen Fraktionsmehrheit hat sich bereits am vergangenen Freitag nach der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes mit der Frage befaßt, welche Schlusfolgerungen aus der Entscheidung dieses Parteivorstandes zu ziehen sind. Es herrschte Unebereinstimmung darüber, daß der Bruch mit dem Eugenbergschlüssel der Deutschnationalen Partei unvermeidbar sei und deshalb sofort erfolgen müsse. In eine Verständigung sei unter den gegebenen Umständen nicht mehr zu denken. Meinungsverschiedenheiten bestanden darüber, wie der Bruch vollzogen werden soll und ob die Fraktionsmehrheit nicht als selbständige Fraktion unter neuen Namen auftreten oder schon jetzt eine Verständigung mit der völkersonservativen Gruppe um Treppan suchen soll. Voraussetzlich wird der Westarp-Führer vorläufig selbständig auftreten und erst später eine Annäherung an die völkersonservativen Elemente anstreben. Eine andere Ansicht hält man im Lager der deutschnationalen Fraktionsmehrheit für unmöglich, nachdem die deutschnationale Reichstagsfraktion erst in den letzten Tagen wieder erklärt hat, daß sie gegen die Regierung Brüning in Opposition stehe, während die völkersonservative Gruppe des Reichstags in der Regierung vertreten ist und sie unterstützt.

Wie die deutschnationale Fraktionsmehrheit schließlich im einzelnen vorgehen wird, soll am Dienstagabend entschieden werden. Dagegen wird die Frage, ob der Bruch mit Eugenberg schon jetzt erfolgen soll, in maßgebenden deutschnationalen Kreisen in dem Sinne als entschieden betrachtet, daß die deutschnationale Abgeordnete die deutschnationale Reichstagsfraktion am 1. Mai unter Westarp verlassen.

Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht in ihrer Montag-Abendausgabe über die voraussetzliche Haltung der deutschnationalen Fraktionsmehrheit zu der Entscheidung des deutschnationalen Parteivorstandes eine „Zuschrift“, die u. W. in der Redaktion des genannten Blattes enthalten ist und nur aus taktischen Gründen als solche wiedergegeben wurde. In dieser „Zuschrift“, die eine offene Kampfanlage gegen Eugenberg und seinen Parteivorstand bedeutet, heißt es: „Wir glauben richtig orientiert zu sein, daß die Fraktions-

hohe Beamte, bekannte Gewerkschaftsführer und bekannte Politiker des republikanischen Lagers sollen in Verbindung mit dem „Kreise“ stehen. An der Spitze des „Kreises“ stehen der Reichstagsabgeordnete Ernst Demmer, der Regierungsrat im preussischen Handelsministerium Dr. Hans Wuhle und der Führer des Jugendbundes im Gewerkschaftsbund der Angestellten, Friedrich Mewes.

Dieser Zusammenschluß stellt eine Protestbewegung gegen das Projekt einer Wählpartei aus Demokraten, Volksparteilern und Volkselementen dar.

Das Wüten der Reaktion

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt:

„Es ist klar, daß die Haltung der demokratischen Fraktion, ihre Zustimmung zur Umsatzsteuererhöhung, und vor allem zum Agrarprogramm, Gegenwirkungen auslösen mußte. Inzwischen aber ist die Entwicklung verhängnisvoll weiter gegangen. Herr Wirth hat Severings Maßnahmen gegen Fried-Thüringen gestützt. Herr Treppan hat den „Schweine-Schlachtereien“ als Staatssekretär zugestimmt, der noch unter dem Kanzler Miller gegen die Regierung stimmte, der er selber als Staatssekretär angehörte. Hinzu kommt die unaufhörliche Haltung der Regierung in der Frage des Panzerkreuzers B, und schon ist man weiter am Werke, das Stahlhelmverbot in Rheinland-Westfalen, das aus außenpolitischen Gründen erlassen werden mußte, rückgängig zu machen. Allen die Krone steht das Verhalten des Zentrums auf, das jetzt offen das Reichschulgesetz fordert, das nicht nur die Volksschule, sondern auch die Fachschulen und die höheren Schulen merkantilisieren will. Obendrein würde uns in dieser Zeit der Not ein Schulgesetz mindestens eine halbe Milliarde kosten. Es ist höchste Zeit, daß diesem Wüten der Reaktion von demokratischer Seite Einhalt geboten wird.“

Polen und die Brüning'sche Zollpolitik

Gefahr für den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Der „Berliner Börsen-Zeitung“ meldet auf Grund einer ihm von autoritativer polnischer Seite zugegangenen Mitteilung, daß die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages wegen der Zollpolitik des Kabinetts Brüning noch längere Zeit auf sich warten lassen werde. Die deutschen Zollmaßnahmen hätten den Wert des Handelsvertrages für Polen sehr wesentlich gemindert.

Die Reichsregierung hat inzwischen auf den polnischen Protest gegen die Zollerhöhungen erwidern lassen, daß diese Erhöhungen lediglich wirtschaftliche Notmaßnahmen darstellten und zu dem von Deutschland in Genf unterzeichneten Handelsabkommen in keinerlei Widerspruch ständen. Im übrigen werde der deutsch-polnische Wirtschaftsverkehr durch die Zollerhöhungen nur in wenigen Punkten berührt.

mehrheit sich dem Beschluß des Parteivorstandes nicht fügen wird. Insbesondere sind es zwei Punkte, gegen die eine scharfe, bewußte und von angesehenen Abgeordneten geführte Opposition besteht. Der eine ist der, daß man den aus allen Teilen des Landes für einen Tag nach Berlin bestellten Parteivorstand weder für zuständig, noch für geeignet hält, der Mehrheit der Reichstagsfraktion wegen einer aus ernstesten Verantwortungsbewußtsein erwachsenen Stimabgabe sein „Bedauern“ auszupressen. Man sieht in dieser öffentlichen Reklamation, die auch durch den Hinweis auf die Sorge um die Landwirtschaft nichts an Schärfe verliert; eine öffentliche Provokation der Fraktionsmehrheit sowie der Landwirtschaft und ihrer berufenen Organe. Die andere, noch wichtigere Beanstandung richtet sich gegen den Beschluß der Entscheidung, der in geschickter Verbrämung dem Parteivorstand und dem eben doch von dem Vertrauen der Fraktionsmehrheit abhängigen Fraktionsvorsitzenden ein Entscheidungsrecht gegen die Fraktionsmehrheit einräumt. Der zweite Punkt geht unter an Schärfe, wenn es richtig ist, daß die Entscheidung im Entwurf noch folgenden letzten Satz enthielt:

„Eine Zuwiderhandlung gegen diese Richtlinien würde nach Lage der Dinge das Ansehen der Partei sehr schädigen.“ — d. h. gemäß § 17 der Satzung den Ausschluß zur Folge haben! Der Satz ist, so wird es glaubwürdig gesagt, auf Anregung Dr. Eugenbergs getrieben, nachdem er mit Zustimmung einer großen Mehrheit des Parteivorstandes festgestellt hatte, daß er „Selbstverständliches“ enthalte und man „Selbstverständliches“ nicht besonders aussprechen solle.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat zuviel selbstständige Persönlichkeiten, und die Dinge sind vielfach zu weit vorgeschritten, als daß mit einer Duldung derartiger Provokationen zu rechnen wäre. Dazu sind auch die Kräfte zu stark, die hinter der Fraktionsmehrheit stehen. Der Parteivorstand ist in seiner großen Mehrheit bei Dr. Eugenbergs Wahl auf Grund der auf seinen Vorschlag angelegten angenommenen Liste völlig einheitlich zusammengesetzt. Zwischen ihm und der Wählerpartei besteht eine Abgrenzung. Wir haben das feste Vertrauen zur Reichstagsfraktion, daß sie sich weder ihre schwer bedrohten verfassungsmäßigen Rechte noch das Gesetz ihres verantwortungsbewußten politischen Handelns aus der Hand nehmen läßt.“

Berlin, 29. April. (Eigener Rundbericht.)

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Fraktionsmehrheit über die Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes einen neutralen Bericht fertigtstellen lassen, in dem die Trennung der Fraktionsmehrheit von dem Eugenbergschlüssel der deutschnationalen Fraktion als vollkommen angelegentlich und lauzieren als Selbstverständlichkeit betrachtet wird.

Familien-Anzeigen

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Am 26. April 1930 verstarb unser Kollege, der
Zuckerkocher
Josef Hain
im Alter von 76 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zählerliste Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 30. April, nachm.
2 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Klattendorf, Dikfeld-
straße, nach dem Friedhof in Klattendorf. 1709

Zurückgekehrt 10846
Dr. Hauptmann

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den **1. Mai**,
u. J., bleiben sämtliche Geschäfts-
räume der Kasse für das Publikum
geschlossen.

Breslau, den 28. April 1930.
Der Vorstand 1710
der Allgemeinen Ortskranken-
kasse zu Breslau.
Rohnstock, 1. stellv. Vorsitzender.

Der Wahre
Jacob

Preis 30 Pf. Preis 30 Pf.
Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu haben in den Volkswacht-Buch-
handlungen und bei den Zeitungsträgern

Franz Mehring
Schriften zur Literaturgeschichte
Von Hebbel bis Gorki, Ln. 8.50
Von Calderon bis Heine, Ln. 8.50
Mehring ist der geniale Marxist
der Literaturgeschichte
Volkswachtbuchhandlung Breslau
Neue Graupenstraße 5, Friedrich-
Wilhelm-Straße 105, Flurstraße 4

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Dienstag
20 bis nach 22.30 Uhr
Abonn.-Vorstellung A 18
Schuld und Sühne
Mittwoch
26 bis gegen 22.30 Uhr:
Abonn.-Vorstellung B 18
Don Pasquale.
Donnerstag
20 bis gegen 22.30 Uhr
Abonn.-Vorstellung E 18
Mona Lisa.

WAPPENHOF
Heute sowie täglich ab 4 Uhr:
Nachmittags-Varieté-Vorstellung
mit dem ausgezeichneten April-Programm
Eintritt 30 Pf.
Heute sowie täglich ab 8 Uhr:
Abendvorstellung mit Ball (2 Kapellen)

Heute Dienstag
Der beliebte
Bergkeller-Ball
Kletschkaustraße 33
Donnerstag: Große Matinee
im Bergkeller, verbunden mit Tanz.
Garten-Freikonzert
Schweinschlachten

Günstiges Angebot!
Speisezimmer
echt Eiche, Büfett mit Vitrinenaufsatz,
Kredenz, schwerer Auszugstisch,
6 Stühle m. Ia Polster
zum Spottpreise von **RM. 685.-**
S. Brandt & Co.
11219 Gartenstraße 65, I
im Hause des Restaurants „Zillerthal“

Biete: schöne 3 Zimm.-Wohnung
m. Küche u. Kabinett, Lessingstr., ptr., Friedensm. 50.
Suche: 1-2 Zimmer-Wohnung
bis 3. Stock, Zentrum bevorzugt. Off. erbeten unt.
F. 26 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Pfänder-Auktion
am 1. Mai
Schnelder Bären-
Str. 12

Betten Doppelbetten
15, 18, 25 Stk.
Kissen 5, 6, 7, 80 Stk., rote
3netts verkauft 1009
Belthaus Deisnerstr. 12, I.

Ein Lebensbild
von
Friedrich Engels.
Der Jugend erzählt
von Dr. Will. Cohn.
Preis 80 Pf.
Volkswacht-Buchhandlg.

Berufs-Mäntel
billig
Wäschefabrik Karlstr. 41
Hof rechts

**„In der
„Volkswacht“ haben
Stellen-Angebote**
infolge ihrer großen Ber-
breitung in Arbeiter-
kreisen besten
Erfolg

Gold, Zweifig.-Halbmark
kostet verkauft 93 Lu m. b. b.
Bühnenstraße, Grimmstr.
Kleinenwagen (4 Reiter-
Schreibergart. geeig. 1 Sch.
110. 1 Rodanzug billig zu
taufen. Säusler, Woiwode-
straße 6, Gartenhaus.
1 Sportwagen billig zu
Bette, Hohenzollernstr. 23

Jedesmal
wenn diese Anzeige erscheint, gibt's etwas ganz
Außergewöhnliches bei uns. Qualitätswaren
mit kleinen Schönheitsfehlern, die bestimmt
mehr wert sind, als sie kosten.

diesmal

Damen-Strümpfe
Seidenfaser, Mako und Waschknistelde **0.75**

Damen-Strümpfe
prima Seidenfaser, ägyptisch Mako und
prima Waschknistelde..... **1.25**

Herren-Socken
schöne neue Jacquardmuster **0.75**

J. E. Lewy
Reuschestr. 67 am Bücherplatz
Mitglied der Kunden-Kredit G.m.b.H. Gartenstr.

Lobe-Theater
Telefon: 56747
Täglich 20,15 bis 23:
Die Affäre Dreyfus

Thalia-Theater
Gastspiel der Regenerer
Original Oberbayerischen
Bauerntruppe
Dienstag 20,15 Uhr:
Die drei Dorbelligen
Bauernschwanz von
Neal und Ferrer
Mittwoch u. Freitag 20,15:
Das stündige Dorf
Luftige Bauernkomödie
m. Tanz u. Schupattler
von Max Neal.
Donnerstag 20,15 Uhr:
Wer zuletzt lacht
Dorffomödie
von Julius Wohl.

Schauspielhaus
Operellenkühne
Tel. 36300
Letzte 3 Gastspiele
Kammersänger
Serge Abranovic
in
Franz Lehars
Weiterfolg
Das Land
des Lächelns
Voranzeige:
Sonntag, den 4. Mai
Première
Gastspiel
Ino Wimmer
Trude Reiter
in
Er u. seine Schwester
Operettenschwank
v. Bernhard Buchbinder
Musik
von Julius Eliasdöbler
Der Vorverkauf
ist eröffnet.

Möbel
Gelegenheitskäufe
Vom 30. April bis 8. Mai
geöffnet
Wäscheschrank mit neu. Spiegel 110.-
2 Bettstellen mit Matrizen .. 55.-
Stühle 5.-
Kommode 20.-
Schlafzimmer komplett 300.-
Vertiko 45.-
Schreibtisch 15.-
Tische 13.-
Spiegel 15.-
Sofa 25.-
Chaiselongue 33.-
Zahlungserleichterung
Möbel-Speicher
Brüderstraße 23.

NEBEN
Die letzten 2 Tage!
Phantasma
und 8 Attraktionen.
Rut 34648
Inserate erzielen in
dieser Zeitung
den größten Erfolg

Empfehlenswerte Bücher

Der langerwartete Schlußband der
„Vollkommenen Ehe“!
Soeben ist erschienen:
Van de Velde III
Die Fruchtbarkeit
in der Ehe
und ihre wunschgemäße Beeinflussung
XVI und 424 Seiten Lexikonformat,
20 Bildtafeln und 20 Seiten Erklä-
rungen zu den Tafeln.
In Ballonleinen RM. 16.-

Gumbel:
Verräter verfallen brosch. 4.-
der Feme Leinen ... **6.-**
Tareck:
Ein Prolet erzählt.. 5.-
brotschirt 3.20, Leinen .. **5.-**

Soeben erschien
Michail Scholochow
Der stille Don
Der Roman einer leiden- Brosch.
schaftlichen, tragischen Mark **5.-**
Kosakenliebe. Zugleich Ganzl.
der erste russische Mark **7.-**
Kriegsroman. 482 Seiten

Francé:
Tier und Liebe
Geschichten, von nur **2.-**
Unterdrückten und Verkannten. **Rm. 2.-**

Gaebler's Handatlas mit
Orisregister 1/2 Leder nur **15.00**
Leo Trotzki: Mein Leben Leinen **12.50**
Karl Marx: Das Kapital 2 Bände **7.50**

Brehms Tierleben
Kleine Ausgabe. Mit zahlreichen
Abbildungen. **nur Mk. 3.85**

Thomas Mann:
Buddenbrooks
Leinen Mark **2.85**

Andersen Nexö:
Sühne
Mark **3.00**

Knut Hamsun:
Das letzte Kapitel
Mark **2.85**

Dwinger:
Die Armee hinter
Stacheldraht Ln. M. **6.50**

Volkswacht-Buchhandlungen, Breslau
Neue Graupenstr. 5, Flursir. 4, Friedrich-Wilhelm-Str. 105



Formulare und alle übrigen Drucksachen fertigen wir bei
kürzester Lieferfrist in erstklassiger Ausführung
Büchsenbauerei Volkswacht, Breslau

Breslauer Nachrichten

Privatkapitalistischer Sieg über Breslau

Ueberantwortung der Elektrizitätsversorgung an das C.W. Schießen

Die jahrelangen Bemühungen interessierter Kreise, das breslauer Elektrizitätswesen an das Werk von Tschernitz anzuschließen, haben jetzt zu einem Erfolge geführt. Der Magistrat hat in einer außerordentlichen Sitzung dem Anschlag an C.W. Schießen zugestimmt. „Die Sorge um die Sicherung der ununterbrochenen Stromversorgung der Stadt“ soll die Ursache zu dem Beschlusse gewesen sein. Die Folgen eines solchen Anschlusses sind in unserem Blatt wiederholt von sachverständigen Kreisen dargelegt worden. Auf Kosten der Breslauer Stromwerke wird das Werk in Tschernitz weiter ausgebaut, während unsere eigenen Werke rüchständig zu werden. Für den Gewinn, den Tschernitz macht, hätten wir bessere eigenen Werke vervollkommen sollen.

Einmal, in der allerbesten Nachkriegszeit, schuf eine sozialpolitische Stadtverordnetenmehrheit die Wasserkräftwerke, wo eine starke bürgerliche Mehrheit auf dem Rathaus ihre Rechte, bereitet sie den Verfall der städtischen Elektrizität vor. Mit einer Sicherung der Elektrizitätsversorgung als herzliche wenig zu tun. Im Landkreise weih man, daß Anlagen in Tschernitz genau so häufig sind, als in Breslau in jedem anderen Werk. Der Bau von Rutschspeichern wäre als ein Sicherheitsfaktor gewesen, obendrein aber eine gut geplante Anlage im Besitze der Stadt. Hoffentlich haben im nächsten nicht etwa Befürworter von Tschernitz Aktien mitgestimmt, das wäre ein vollendetes Stand!

Niel Lärm um wenig

Kein Gerede, sondern Arbeit
Forderungen der freien Gewerkschaften

Seit Jahren bemühen sich alle mit dem Wirtschaftsleben mittelbar und mittelbar in Verbindung stehenden Behörden, Beamten und Arbeiter, insbesondere der Arbeiterklasse, bei zuständigen Regierungsstellen und den Regierungen selbst, die Verantwortung auf die länger kaum mehr ertragende Arbeitsnot in Breslau und Schießen zu lenken. Abgeordnete aller Parteien sind unterrichtet, Fraktionsführer, ganze Behörden und Abordnungen der Arbeiter haben sich auf den Weg gemacht, um in unmittelbaren Verhandlungen eine Hilfe zu erreichen.

Verbindliche Worte sind von jedem Minister genug gefallen, wirkliche Hilfe ist aber der Stadt Breslau noch nicht zuteil worden. Fast hat es den Anschein, als wenn unsere Stadt und ein, und besonderer für die Räte der Arbeitslosen scheint man nicht das genügende Verständnis und Mitgefühl zu haben. Auch aus der laut angekündigten Dithilfe soll für unsere hier höchstens ein Betrag von 4 bis 5 Millionen fließen, während die Stadt Breslau bestenfalls den dritten Teil zu erwarten. Das ist ein so unerheblicher Betrag angesichts der durch Jahre während des Krieges mit Polen u. a. Schweigend eigenen Opfer, der bei aller Dankbarkeit für jede Zuzahlung die Bitterkeit über die geringfügigkeit dieser Unterstützungsmaßnahmen aufkommen läßt.

Am nun die Räteregierung bei ihren Beratungen das Diprogramm auf ihre Pflicht und Verantwortung gegenüber den Breslauer Massen verweist, die Arbeitslosen hinzuzusetzen ist von den Ortsausschüssen Breslaus des Allgemeinen Arbeiterbundes folgendes Telegramm an die Reichsregierung geschickt worden:

72.500 meist langfristige arbeitslose Arbeiter und Arbeiterinnen in Breslau erleiden und fordern dringend Arbeit.

Betriebsstilllegungen und scharfe in jüngster Zeit wieder wie behördlicher Unternehmungen vermehren Arbeitslosigkeit.

Für 1930 noch keine Anzeichen von Wirtschaftsbelebung. Stadt Breslau durch Dauerarbeitslosigkeit seit Jahren völlig erschöpft; Provinz Niederschlesien nicht viel besser daran. Bittet Reichsregierung dringend um Ausnahme Breslaus Diprogramm und wirtschaftliche Hilfe.

Wir wollen sehen, ob die Reichsregierung gerechterweise sich der notwendigsten Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise ansetzt, oder ob es ihr nur darauf ankommt, kleinen Kreisen von Arbeitlosen — bei denen eine Notlage zum Teil nicht erkannt worden soll — Vorteile zuzuschlagen und die breiten Massen des Volkes dafür bluten zu lassen.

Die für das gesamte Diprogramm ausgeworfenen Mittel sind gerade hinreichend, die Not der Stadt Breslau einigermaßen zu lindern. Sie würden noch nicht einmal hinreichen, 72.500 Arbeitslose — von gegenwärtig 72.500 — für ein Jahr in standbaren Arbeiten unterzubringen, um sie dann wieder der Unterernährung nach dem WWSG teilhaftig werden zu lassen. Jede weitere, mindere Regelung der Gewährung von Unterstützung bedeutet tatsächlich nur: Viel mehr um geringe Hilfe.

Jugend heraus zum Fadelzug

Am Vorabend des 1. Mai demonstrieren die werttätige Jugend. Umarmung zum Fadelzug erfolgt von sechs Sammelplätzen, 5 Uhr:

Südlicher Platz: Leitung: E. Urbich, H. Tiegel. S.W.K. Kapelle, Heim 7.

Nördlicher Platz: Leitung: Stania, W. Stumpe. S.W.K. Kapelle, Heim 4.

Striegauer Platz: Leitung: Rymann, Sauer. Kapelle der 6. und 7. Abteilung.

Waldenburger Platz: P. Scholz, Breuß. Martinshornkapelle S.W.K.

Waldchen: Leitung: Sportordner. Kapelle Poseidon.

Waldchen: Leitung: Majoczał, Heim. Tambourkorps des S.W.K.

Auf dem Platz der Republik. Dort Beginn des Fadelzuges und Fadelzug durch das Nikolator.

Am 1. Mai treffen sich alle Jugendgenossen um 8.45 Uhr am Fadelplatz.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen, Arbeiter-Sportarten (Jugend) — Freie Gewerkschaften, Jugendsozialisten — Soz. Arbeiter-Jugend — Soz. Studenten-Gruppe — 3. d. U. Jugend.

Auch die Parteigenossen beteiligen sich am Fadelzug unserer Jugendorganisationen am 30. April. Beachtet den Aufmarschplan.

Der neue Breslauer Haushaltsplan

Den Stadtverordneten ist in diesen Tagen endlich der Haushaltsplan für 1930 zugegangen, nach dem bereits seit dem 1. April gewirtschaftet werden sollte. Die Schwierigkeiten, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, haben sich im Verlauf dieses Jahres stark verzögert. Nun aber ist er da, und er „balanziert“. Bilanziert brutto mit 140.898.000 und netto mit 130.669.533 Mark Einnahme und Ausgabe. Man braucht dem nur die Zahlen des Vorjahres gegenüberzustellen um seine ganze Dürftigkeit zu erkennen. Der vorjährige Entwurf sah 157.231.100 brutto und 127.884.190 Mark netto vor. Zwar ist die Senkung des Bruttohaushalts um zehn Millionen zum Teil auf eine formelle Umgestaltung des Etatwerkes bezüglich Verrechnungspositionen zurückzuführen, aber auch die sehr geringe Steigerung des Nettohaushalts um nur 2,7 Millionen muß schlagend machen. Schon der vorjährige Etat war mehr als dürftig ausgestaltet. Als dann ein großes Defizit zu drohen begann, erging ein Sparerlass an alle Verwaltungen. Zehn Prozent der Ausgaben sollten überall erspart werden. Trotzdem hat das Jahr mit einem Defizit von reichlich 8 Millionen geendet. Wie man solchen Umständen mit dem geringen Mehr von 2,7 Millionen auskommen will, dafür gibt es keine vernünftige Erklärung. Denn Breslau ist doch inzwischen nicht kleiner geworden, die Pflichten und Aufgaben der Stadt haben sich nicht vermindert, im Gegenteil die Zahl der Unterhaltungsbedürftigen ist seit dem Vorjahre noch gestiegen, und ein Ende der Wirtschaftskrise ist zunächst noch nicht abzusehen.

In seinem Vorwort zum Haushaltsplan führt der Rämmerer Beispiele dafür an, wo und wie „gespart“ worden ist, um den Plan zu balanzieren. Geführt wurden die Zuschüsse der Gartenverwaltung um 533.400 Mark, der Straßenbeleuchtung (!) um 417.400 Mark, des Hafens um 282.100 Mark, der Hochbauverwaltung um 154.800 Mark, der Volksschulen (!) um 813.000 Mark, der höheren und Mittelschulen zusammen um 350.000 Mark, der Handelsschulen und Frauenberufsschule zusammen um 58.200 Mark, des Wissenschaftlichen Kunst und Wissenschaft um 140.100 Mark, des Jugendamtes um 107.800 Mark, des Stadtkameres für Leibeshilfen um 125.000 Mark, der Kränkenanstalten (!) um 123.600 Mark, der Hosi- und Wiegstühle Herrnspross (!) um 171.200 Mark und dem Wohnungswehens um 88.800 Mark. Von den Promenaden angefangen, die wieder verkommen werden, weil die Mittel zur Befestigung von Sommererbetten gestrichen sind, bedeuten auch fast alle anderen Punkte Personalsparnis. Also neue Not fügt sich zur alten, die Stadt hat heute ab und zu Hilfe zu den Erwerblosen erhöhen. Der Besoldungszeit weilt 43 Beamtenstellen weniger auf, umgestellt auf Kleinrentenverwalter, Amtsärzte und Ärzte wurden 10 weniger, die Zahl der Verwaltungsgestellten verminderte sich um 30, man kann daraus schließen, wie überall (siehe Gartenverwaltung) an Arbeitern gespart wird. Das ist eine „Sparmaßnahme“, die uns ärmer macht, als wir ohnehin schon sind. Daneben wird die „Wirtschaft“, die den Gemeinden immer nicht genug Sparmaßnahme predigen konnte, die mangelnde Lustfrage der Gemeinde noch stärker zu vergrößern, was weitere Arbeitslosigkeit auch in den Privatbetrieben zur Folge hat.

Hauptvermögensquellen der Stadt sind die Steuern und die Nebenschüsse der Betriebe. Bei den Ueberweisungssteuern des Reiches rechnet die Stadt, daß ihr nur 19,8 Millionen ausfließen werden

gegen 21,8 Millionen im vorjährigen Anlag. Die Ertragskraft der städtischen Steuern soll dagegen von 38,2 auf 37,2 Millionen wachsen. Dabei ist die Grunderwerbsteuer die einzige städtische Steuer, die ein Mehr bringen soll. Statt 12,6 Millionen sollen es 14,6 Millionen sein. Man will das durch eine Erhöhung der Steuer von 340 auf 385 Prozent erreichen. Von den zwei Millionen, die die Mieter mehr aufbringen sollen, verschwindet sofort eine Million, weil von allen anderen städtischen Steuern Uebererträge erwartet werden. Die Gewerbesteuer trägt die Steuer mit 62,5 Prozent Zuschlag bestehen bleiben, man rechnet aber nur mit einem Aufkommen von 12 Millionen, einer klappen halben Million weniger als im Anlag des Vorjahres. Bei der Gewerbesteuer, die ebenfalls in der vorjährigen Höhe von 1700 Prozent bestehen bleiben soll wird mit einer Mehreinnahme von 200.000 Mark gerechnet, statt 1,4 Millionen bringen. Bei allen anderen städtischen Steuern wird mit Uebererträgen gerechnet. Die Grunderwerbsteuer soll 2,2 statt 2,4 Millionen im Vorjahre bringen. Die Grunderwerbsteuer 1,1 statt 1,3 Millionen, die Biersteuer 650.000 Mark statt 1,1 Millionen, die Hundesteuer 830.000 Mark statt 990.000 Mark, denn bei der Not hat mancher Hund abgeschafft. Und mit den Vergütungen der Breslauer geht es auch bergab; nur 1,4 statt 1,6 Millionen werden aus der Vergütungssteuer erwartet.

Bei den Betriebswerken wird mit erheblichen Uebererschüssen gerechnet. Der Uebererschuß soll sich beim Gaswerk von 4,4 auf 4,3 Millionen, beim Wasserwerk von 1,8 auf 1,5 Millionen und bei dem Elektrizitätswerk von 8,2 auf 7,3 Millionen vermindern. Bei der Straßenbahn hofft man den Uebererschuß von 1 auf 1,1 Millionen erhöhen zu können und zwar durch Erhöhung der Zeitfahrpreise, Bekämpfung der 6-Fahrarten auf eine Woche bei gleichzeitiger Preiserhöhung von 1 Mark auf 1,10 Mark und Wegfall der Kinderrückfahrtheine.

Mit Sorge blickt man auf die Entwicklung des Wohlfahrtswesens, wie sie durch den wirtschaftlichen Niedergang Breslaus in den letzten Jahren bedingt war. Die gesamten Wohlfahrtsausgaben stiegen von 45,1 auf 50,4 Millionen Mark, der städtische Zuschuß hierzu von 20,9 auf 35,5 Millionen Mark. Beim Wohlfahrtsamt selbst wächst der städtische Zuschuß von 22,5 auf 28,5 Millionen Mark. Und nach allen Erfahrungen der letzten Jahre muß man sich fragen, ob diese Summen reichen werden, um die dringendsten Bedürfnisse zu decken. Stillt man die wachsenden Wohlfahrtslasten in Vergleich zu dem stark verengten Gesamteinkommen der Stadt, dann wird man ermaßen können, wie dürftig alle anderen Verwaltungen ausgestaltet sein müssen. Der Rämmerer gibt an, daß die Kosten des Wohlfahrtswesens pro Kopf der Bevölkerung seit dem vorigen Jahre von 49,12 auf 57,72 Mark gestiegen, dazu die Kosten der Arbeitslosen- und Wohnungsfürsorge von 2,08 auf 4,49 Mark. Im ganzen wird der Etat noch öfter Anlaß zu Erörterungen bieten. In der Stadtverordnetenversammlung kommt er am 15. Mai zur Verhandlung, inzwischen werden ihn die Stadtväter recht fleißig studieren können. Mit Recht aber wird im Vorwort auch darauf verwiesen, daß Breslau unendlich die Kleinstadt dauernd allein tragen kann, die durch die große Arbeitslosigkeit verursacht wird. Von Reich und Staat muß der Stadt weitere Hilfe kommen. —

Der Sieg der Spitzbubenvoluntäre

Der „Konsumgenossenschaftlichen Kundschau“ vom 19. April 1930 entnehmen wir folgende Zeilen:

Der Mittelstand hat im Reichslage einen großen Erfolg erzielt. Sein Plan, den organisierten Verbrauchern durch eine Ausnahmesteuer einen Teil ihrer Einkaufersparnis zu stellen, hat die Billigung der Regierung und die Zustimmung einer Reichstagsmehrheit gefunden.

Die Verbraucher können sich gratulieren. Mit ihnen haben es die „Volksvertreter“ gut gemeint. Sie dürfen die schweren Lasten der erhöhten Zölle tragen, sie dürfen veräuertes Bier trinken und veräuertes Mineralwasser schlürfen, und wenn sie Mitglieder eines Konsumvereins mit mehr als einer Million Mark Umlatz sind, dürfen sie sich obendrein den zehnten Teil ihrer Rückvergütung aus der Tasche ziehen lassen, weil es einer skrupellosen Regierung und einem ebenso skrupellosen Parlament gefiel, ihre Interessen den schreienden und schwindelnden Mittelständlern zu opfern.

Bei der Mineralwassersteuer wird der Unbemittelte härter gestraft, als der Zahlungsfähige. Der in Höhe und Staub arbeitende Fabrik- oder Hafenarbeiter muß sich für sein billiges alkoholfreies Getränk einen Aufschlag von 33 1/2 Prozent gefallen lassen, der Gutstuierte, der sich eine Fachinger leisten kann, zahlt nur etwa 5 Prozent mehr als bisher.

Der sorgsame Hausvater, der seine durch Zölle und Steuern unbillig und ungebührlich verteuerte Lebenshaltung durch genossenschaftliche Bedarfsdeckung zu verbessern sucht, muß nicht nur 0,85 Prozent seines Umlatzes als Umlatzsteuer dem Staate opfern, wie jeder andere Verbraucher, er muß extra für seinen freudseligen Versuch, kein Dosem zu erleichtern, büßen: ihm knüpft man noch 1/2 Prozent Umlatzsteuer mehr ab, wenn seine Genossenschaft mehr als eine Million Mark Jahresumsatz erzielt. Da diese Steuer nicht „abgewälzt“ werden kann, muß sie ihm an seiner Einkaufersparnis gekürzt werden.

Die Erwerblosen, die Rentner, die Witwen, die Kriegsoffer, die Kinderreichen — sie alle werden um die Früchte ihrer vorsichtigen und verständigen Wirtschaftsführung betrogen, weil es der Mittelstand so will, weil die Reichsregierung sich der Schamlosigkeit des Mittelstandes beugt, weil die Reichstagsmehrheit vor der Schamlosigkeit des Mittelstandes Kanta machte.

Wer da wenig hat, dem wird auch das Wenige genommen! Millionen deutscher Staatsbürger drückt heute das aufpeitschende Gefühl, das Opfer eines mit vollem Bewußtsein verübten schändlichen Unrechts geworden zu sein. Die Schulden mögen sich nicht darüber täuschen: Was sie

verübt haben, wird ihnen heimgezahlt werden. Auch der Mittelstand ist der Arbeiter und Verbraucher Feind, der Recht und Billigkeit mit Füßen tritt, ihn mit den härtesten Waffen und mit äußerster Rücksichtslosigkeit bekämpft. Die gegenwärtige Regierung hat sich als konsequente Feindin der unbemittelten Verbraucher in das hellste Licht gestellt. Solche „Regierungen“ sind die erfolgreichsten Schrittmacher gewalttätiger Umwälzungen, weil sie den Glauben an die Gerechtigkeit im Volke töten.

Wenn am 1. Mai die organisierte Arbeiterschaft für ihre historischen Kampfziele demonstriert, dann soll auch daran gedacht werden, daß dieser 1. Mai diesmal noch eine besondere Bedeutung hat. In Deutschland regiert wieder uneingeschränkt die wirtschaftliche und soziale Reaktion. Sie wird mit Steuer- und sozialpolitischen Ausnahmemaßnahmen gegen die Arbeiterschaft, wie sie jetzt beschlossen wurden, mit Lohn- und Arbeitszeitverlängerung, wie sie das künftige Ziel dieses Bürgerblocks sind, gegen die Arbeiterschaft vorstößen. Der 1. Mai soll nicht nur die Macht der Arbeiterschaft demonstrieren, sondern auch den Willen gegen eine verkehrte Wirtschaftspolitik zeigen und auch dem ihr feindlich gegenüberstehenden Mittelstand eine geschlossene Kampftruppe bilden. Wir haben daran zu denken, daß die wirtschaftliche Macht der mehr als drei Millionen umfassenden organisierten Arbeiterschaft gestärkt wird, wenn neue Tausende mit in diesen Reihen kämpfen. Hierfür für uns in Frage kommende Organisation ist der Konsumverein „Vorwärts“. Ihm angeschlossen ist Pflicht aller dieser, die gegen die wirtschaftliche und soziale Reaktion demonstrieren.

Arbeitende Jugend am 1. Mai

Wir beteiligen uns alle am Demonstrationstreffen der Breslauer Arbeiterschaft. Sammelplatz 9 Uhr vormittags Sanderplatz Oberbahnhof. Alle Fahnen und Bimpel mitbringen, welche an der Spitze des Zuges vorzutragen sind.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen.

Stadtverordnete und Stadträte

nehmen am 1. Mai mit ihren Angehörigen Aufstellung am Striegauer Platz. Zeit 9 Uhr.

Fahnen der Distrikte

sind am 1. Mai mit Begleiter um 9 Uhr am Striegauer Platz. Alle Genossen, die nicht mit der Gewerkschaft gehen, sind auch um 9 Uhr am Striegauer Platz.

Martirium einer Ehefrau

Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß ein in Hundsfeld wohnender Arbeiter seine von ihm getrennt wohnende Ehefrau auf der Chaussee nach Sacrau mit einer Art drohte, daraufhin festgenommen wurde und auf der Polizeiwache Schweinefutter, Grün zu sich zu nehmen versuchte, sodaß er in das Allerheiligste Hospital eingeliefert werden mußte.

In der Nacht zu Sonnabend wollte die Frau freiwillig ihr Leben beenden, indem sie die Gashähne öffnete. Sie wurde aber noch rechtzeitig an ihrem Vorhaben gehindert und ebenfalls in das Allerheiligste Hospital eingeliefert, aus dem am gleichen Tage der Chemann wieder entlassen wurde. Als am Sonntag auch die Frau wieder entlassen werden konnte, fiel ihr Mann wieder an der Haustür über sie her, und sie mußte wieder in Schubhaft genommen werden.



Am 1. Mai:

Rote Fahnen heraus!

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt

Drei Fürsorgerzieher zu Gefängnis verurteilt

Die Schöffengericht in Neumünster hatten sich vor dem Erscheinen der Fürsorgeranstalt Kelling der ehemaligen Inneren Mission in der Provinz ...

Eröffnung der Feuerstuhwoche

Am Sonnabend nachmittag wurde in den Kammerlicht- in Berlin die Feuerstuhwoche feierlich eröffnet. Ober- direktor Gempp begrüßte die zahlreichen Teilnehmer an ...

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, als Vertreter des Reichsministeriums des Innern und seines ...

Ueberfall auf einen Taxichauffeur

In der Nähe des Berliner Bahnhofes Nordring wurde in früh gegen 1/4 Uhr der Taxichauffeur Erik Wik- er von zwei gut gekleideten jüngeren Leuten aufgefordert, ...

Bandenüberfall auf eine Gastwirtschaft

Am Montagabend überfielen sechs mit Schlagringen und mit Knüppeln bewaffnete Männer eine Gastwirtschaft in ...

Sielower Brandstifter verhaftet

Landjäger verhafteten in Sielow bei Rottbus den vierzig- gen Gelegenheitsarbeiter Friedrich Merschenz, der, ...

Sessinniger im Blutrausch

In einem Unfall geistiger Unmachtung hat in Kenning bei ... in der Nähe von Hamburg der Landwirt Otto ...

Ein Subenstreich

In der Nacht zum Montag ist im Großen Potsdamer ... in das Bild des Reichspräsidenten Ebert, ...

21000 Mark für Dujardin

Dem Hilfsgebarmen Dujardin, der wegen eines an- g von ihm begangenen Mordes zu Unrecht zu 15 Jahren ...

Strafanträge im „Falke“-Prozess

Im Hamburger Menschenraubprozess beantragte die Staats- anwaltschaft für Kapitän Zippelt ein Jahr Zuchthaus, je ...

Betrunkener verursacht einseitige Verkehrs- störung auf der U-Bahn

Auf dem Berliner U-Bahnhof Alexanderplatz kam es gestern vormittag kurz nach 9 Uhr durch einen eigenartigen ...

Gefälliges Millionentestament?

Das staatliche Institut für gerichtliche und soziale Medizin der Universität Königsberg hat festgestellt, daß das am ...

Der Leiter des neuen Paritätischen Stellennachweises der deutschen Bühnen



Der — aus der Verschmelzung des Stellennachweises der Bühnen- genossenschaft mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung ...

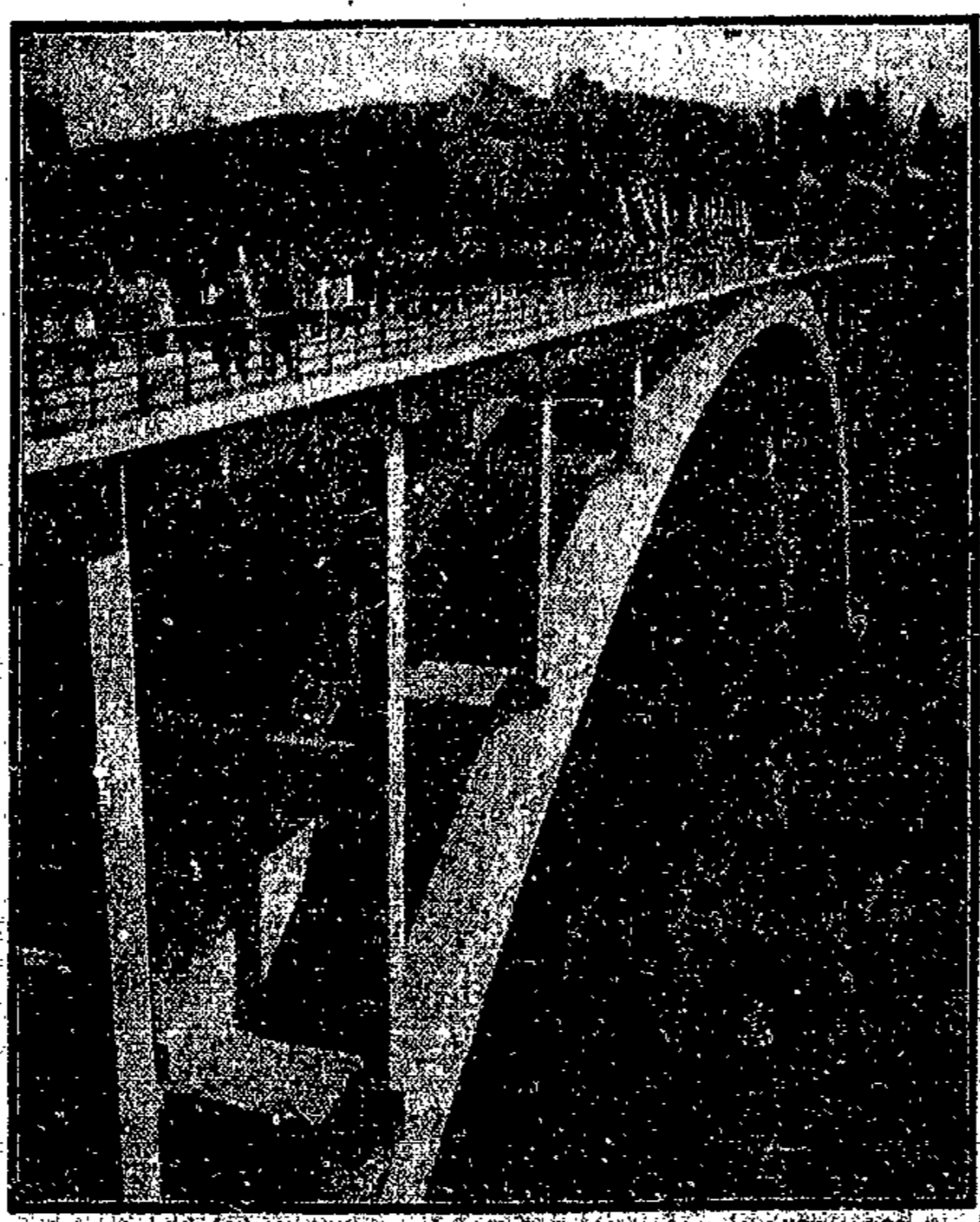
Zodessturz beim Motorradrennen

Bei dem Eröffnungsgewinnen des österreichischen Motorrad- fahrer-Verbandes bei Baden ist der Fahrer Julius Polzer ...

Graufige Leichenschändung

Dieser Tage verstarb in dem österreichischen Ort Mittelfeld ... eine 76jährige Frau. Die Leiche ist ordnungsmäßig in der Toten- ...

Die Einweihung der Ammerbrücke bei Schelsbach



an der Straße Augsburg-Oberammergau, der größten Beton- Bogenbrücke Deutschlands, am 27. April.

Tausend Menschen ermordet

In der chinesischen Stadt Kiangsu in im Norden der Provinz Kiangsu wurden von Banditen 1000 Menschen ermordet ...

Der Liebesmord von Carcassonne

Personen: Zwei Frauen, ein Knecht, ein hintergangener Ehemann ... In das Untersuchungsgefängnis von Carcassonne (Süd- frankreich) ...

Untergang eines indischen Flußdampfers

Während eines Cyclons sank auf dem Flusse Jamuna im Ost-Bengalen der Dampfer „Condor“. Von 300 Passagieren, die ...

Eröffnung der Antwerpener Weltausstellung

Am Sonnabend nachmittag fand die Eröffnung der Ant- werpener Weltausstellung statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der ...

Abgestürzte Flugzeuge

In Tennessee bei Fayetteville (Amerika) stürzte am Sonn- tag ein Kunstflieger mit zwei Passagieren ab. Das Unglück ...

Die Saharaflieger abgestürzt

In Süd-Algerien wurden von einer französischen Kamel- Patrouille die Reste der seit acht Tagen vermissten Flieger- ...

Lohnsenkung oder Arbeitszeitsenkung

Wo bleibt das Gegenstück zu Stahlwerk Beder

Mit rührender Klugigkeit erwarten die Christlichen Gewerkschaften von den finanzpolitischen Leistungen des Brüning-Kabinetts eine Entlastung des Arbeitsmarktes.

Die Christlichen Gewerkschaften, denen ein neuer Angriff auf die Arbeitslosenversicherung höchst peinlich sein muß, beklagen den Unternehmern den Wechsel des Angriffsziels zu erschletern.

Die Unternehmerorgane reden bereits den politischen Parteien, die heute im Brüning-Blod vereint sind, wie einem lahmen Schimmel zu, die Lohnabbau-Offensive zu unterföhren.

Als vom Kabinet Brüning erwartet man im Unternehmerrager einen Vorstoß zugunsten des Lohnabbaues, und dieser Abbau soll auf der ganzen Linie vor sich gehen.

Der Lohnsenkungspartie muß die Arbeiterpartie mit verdoppelter Macht jetzt die Arbeitszeitsenkungspartie entgegenstellen.

wo sich die zweite Rationalisierungswelle ausbreitet, und wo damit die Voraussetzungen zu neuer Leistungssteigerung gegeben werden,

Die Arbeitszeitsenkung ist von den Freien Gewerkschaften als beachtenswerte Maßnahme zur Verringerung der Arbeitslosennot zur Diskussion gestellt.

Lohnkürzungen oder Stilllegungen

Das Generalexzept der Unternehmer Auch die Mansfeld A.G. wendet es an

Die Verwaltung der Mansfeld A.G. hat nach den Verhandlungen über die Lohnkürzungen, und Stilllegungsaktion den Gewerkschafts- und Belegschaftsvertretern erklärt,

Neuer Abbau auf ober-schlesischen Gruben

Der ober-schlesische Bergbau hatte in den letzten Jahren eine außerordentlich glückliche Konjunktur, die durch verschiedene Ursachen bedingt war.

Die Verwaltung versuchte eine Lohnkürzung im freiwilligen Einverständnis und zwar mit sofortiger Wirkung zu führen.

In den Verhandlungen über die Lohn- und Stilllegungsaktion der Mansfeld A.G. erklärte die Verwaltung dem Markt um ein unvorhergesehenes Ereignis handele,

Verhandlungen bei Nordwest wieder begonnen

Die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Tarifvertrags für die Eisenindustrie Nordwest, die bereits am Montag begonnen haben,

Schlesische Bergarbeiterlöhne

Im Jahre 1929 waren im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens bzw. Niederschlesiens 51464 bzw. 24742 Vollarbeiter, davon 1030 bzw. 493 in Nebenbetrieben beschäftigt.

Schlesische Bergarbeiterlöhne

Im Jahre 1929 waren im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens bzw. Niederschlesiens 51464 bzw. 24742 Vollarbeiter, davon 1030 bzw. 493 in Nebenbetrieben beschäftigt.

Der Redner gab einen sehr instruktiven Rückblick über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1929 sowohl im Reich als in Schlefien.

Große Sorge bereitet dem Afa-Bund die Lage des Arbeitsmarktes und das Schicksal der stellenlosen Angeestellten, die allein in Breslau die Zahl der stellenlosen Angeestellten rund 6000 auf über 8000.

Nach diesem unerschütterlichen Rückblick auf die sozialpolitischen und wirtschaftliche Entwicklung des Berichtsjahres konnte der Redner recht erfreuliche Mitteilungen über die organisatorische Entwicklung der örtlichen Afa-Bewegung machen.

Über die Mitarbeit im Arbeiter-Bildungsausschuß richtete Kollege Wiedenmann. Den Rappenberg erkrankte Kollege. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und dem Kassierer Entlastung erteilt.